



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln am 26.09.2023.

Sitzungsort: im Forum des Rupert-Neudeck-Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:52 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Dr. Susanne Diekmann Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Manfred Gausebeck	SPD
Margarete Große Wiesmann	CDU
Dr. Andrea Quadt-Hallmann	CDU
Dr. Matthias Schliermann	Bündnis 90/Die Grünen
Morten Steimann	CDU
Susanne Strätker	CDU

Sachkundige/r Bürger/in

Flynn Herbst	SPD
Brigitte Kleinschmidt	UBG
Lukas Laakmann	CDU

Stellvertr. Ausschussmitglieder

Martin Gesmann	CDU	Vertreter für Markus Böker
Helmut Walter	FDP	Vertreter für Dr. Martin Geuking

Von der Verwaltung

Julia Breuksch

Daniel Krüger

Martina Marquardt-Wißmann

Dr. Dietmar Thönnies

Peter Wemeling

Schriftführung

Günther Ring

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Frau Dr. Diekmann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Frau Breuksch berichtet, dass die Gemeinde Nottuln dem Aktionsbündnis lebenswerte Städte durch Geschwindigkeitsreduzierung beigetreten ist.

Frau Breuksch informiert, dass die Fahrradflunder an der Bushaltestelle Historischer Ortskern weiterhin stehen bleiben soll. Derzeit wird überlegt die Bushaltestelle barrierefrei umzubauen, zudem ist ein Wetterschutz für die wartenden Fahrgäste in Planung. Bis zum Abschluss der Planung soll die Fahrradflunder dort verbleiben, um den Nutzern Fahrradabstellmöglichkeiten bieten zu können. Parallel wird derzeit geprüft, ob eine zweite Fahrradflunder angeschafft werden sollte, um an den weiteren Standorten, insbesondere in den Ortsteilen, die Nachfrage nach Fahrradabstellmöglichkeiten ermitteln zu können.

Frau Breuksch berichtet, dass in der Presse eine Gesetzesnovelle angekündigt ist, die erwarten lässt, dass ab April 2024 keine KAG-Beiträge mehr von den Anliegern zu fordern sein wird. Für die sogenannten Anliegerbeiträge wird den Gemeinden ein Erstattungsanspruch gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen eingeräumt.

Herr Krüger ergänzt, dass zu den geplanten Sanierungsmaßnahmen in der Roibartstraße eine Anliegerversammlung am 12.01.2023 erfolgt ist. Das Protokoll der Anliegerversammlung wird der Niederschrift über die heutige Sitzung angefügt. Die Anregungen aus der Anliegerversammlung wurden bei der Planung der Maßnahme gewürdigt und gewichtet.

Herr Wermeling berichtet, dass am 14.09.2023 eine Begehung mit ca. 40 Teilnehmern zur Planung des Wildnisbereichs in Darup erfolgt ist. Am 07.12.2023 ist eine weitere Infoveranstaltung im Naturschutzzentrum in Darup zur fortgesetzten Planung anberaumt.

Zudem laufen aktuell Planungen zu Projekten zur Renaturierung von Randstreifen. Zusammen mit den Landwirten soll nach Lösungen gesucht werden, um die Saumstreifen ökologisch aktivieren zu können.

Frau Marquard-Wißmann informiert, dass am 25.09.2023 ein Bürgerspaziergang zur Erarbeitung des Klimaquartierskonzeptes mit ca. 20 Teilnehmern erfolgt ist. Die Online-Abfrage ist auf der Homepage aktiviert und kann von den Bürgern:innen genutzt werden.

3 Vorstellung der Klimawirkungsanalyse für den Kreis Coesfeld
Vorlage: 155/2023

Herr Dahm, Klimaschutzmanager Kreis Coesfeld, führt durch die vorbereitete Präsentation.

Frau Kleinschmidt fragt, ob in den letzten Jahren bei den Bauvorhaben im Gemeindegebiet viel falsch gemacht wurde. Herr Dahm antwortet, dass vermutlich um ca. 1960 herum viel falsch gemacht wurde, als in Deutschland dringend sehr viel Wohnraum gebraucht wurde.

Frau Dr. Diekmann fragt, ob die Klimawirkungsanalyse fortlaufend fortgeschrieben wird. Herr Dahm antwortet, dass dies nicht vorgesehen ist, da der erteilte Auftrag abgeschlossen sei. Allerdings werden die notwendigen Daten im Hintergrund weiterhin erfasst und bei Folgebetrachtungen herangezogen.

Frau Dr. Diekmann fragt, ob die Daten aus der Klimawirkungsanalyse bei der Gemeinde Nottuln bereits genutzt werden. Frau Marquard-Wißmann antwortet, dass die Ergebnisse aus der Klimawirkungsanalyse sehr hilfreich sind und zur Auswertung bei vielen Fragestellungen bereits genutzt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Präsentation und die Ausführungen zur Klimawirkungsanalyse werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

4 Integriertes Mobilitätskonzept – Priorisierung Umsetzung
Vorlage: 156/2023

Frau Breuksch informiert, dass die Priorisierung erforderlich sei, um mit einfach umzusetzenden Maßnahmen mit möglichst großem Nutzen zu den gewünschten Erfolgen zu gelangen. Mit der Priorisierung sollen weitergehende Planungen mit dem Ziel erfolgen um handlungsfähig zu bleiben. Die notwendigen Finanzmittel zur Umsetzung der priorisierten Maßnahmen sind im Haushalt 2024 eingeplant. Dementsprechend könnten die Maßnahmen nach Freigabe des Haushaltes 2024 umgesetzt werden. Jede Einzelmaßnahme wird noch vorgestellt werden und ist einzeln zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Die Priorisierung der Umsetzung der Maßnahmen des Mobilitätskonzeptes wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

**5 Antrag nach § 24 GO NRW - Durchführung von Verkehrsversuchen zur Entlastung und Entschleunigung der Erschließungsstraßen im Süden Nottulns
Vorlage: 154/2023**

Herr Krüger erläutert, dass es für den vorliegenden Vorschlag Voraussetzung sei, dass ein detaillierter Vorher-/Nachhervergleich vorgenommen wird. Die Erfassung der Verkehre ist sehr komplex, arbeitsintensiv und teuer. Wenn heute beschlossen würde, dass dem Antrag entsprochen werden sollte, dann wird es aufgrund des erforderlichen Mitteleinsatzes keine Umsetzung geben können.

Herr Walter fragt, ob eine Beobachtung und Bewertung der Verkehre fortgesetzt werden sollte. Herr Krüger antwortet, dass bei einer Bebauung von Nottuln Süd die Voraussetzungen erneut zu prüfen und zu bewerten sein werden.

Frau Kleinschmidt berichtet, dass die Anwohner ihr mitgeteilt hätten, dass das Verkehrsaufkommen sehr gestiegen sei. Herr Dr. Thönnies antwortet, dass die aktuelle Zählung aus 2022 stammt. Insofern wäre von einer weiteren Steigerung des Verkehrsaufkommens nicht auszugehen. Er würde keine Veranlassung sehen erneut ein Verkehrsgutachten zu beauftragen.

Frau Dr. Diekmann stellt fest, dass eine neue Prüfung und Bewertung vorzunehmen sei, sobald das neue Baugebiet erschlossen und bebaut sein wird.

Herr Gausebeck ergänzt, dass aktuell nur ein Bebauungsplan entwickelt ist. Ob und wann es zu einer Bebauung kommen wird, ist derzeit noch nicht konkret abzusehen. Ein neu erstelltes Gutachten würde erneut nur den aktuellen Stand abbilden können. Dieses würde aller Voraussicht nach dem vorliegenden Gutachten entsprechen. Er schlägt vor die Entwicklung mit dem neuen Baugebiet abzuwarten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.
2. Auf Grundlage des im Rahmen der Baugebietsentwicklung „Südlich Lerchenhain“ erstellten verkehrlichen Gutachtens von SHP, welches von den vier Maßnahmenvorschlägen zur Verbesserung der straßenräumlichen Situation im Umfeld der Bodelschwinghstraße, Steinstraße, Lerchenhain sowie Dülmener Straße Maßnahme IV als guten Kompromiss vorschlägt, wird von einer Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung sowie der Durchführung von Verkehrsversuchen aus Kapazitäts- als auch Kostengründen abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 2 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

6 Barrierefreie Zuwegung zu den Bereichen Bürgerpark, Bouleplatz, Bürgerwald, Vereinsheim und Sportplatz (Naturrasenfläche) Schapdetten. Die notwendigen Mittel (ca. 51.300 €) sollen von der Gemeinde Nottuln zur Verfügung gestellt werden.

Antrag der Freien Demokraten (FDP) vom 18.08.2023.

Vorlage: 151/2023

Herr Walter erläutert den Antrag seiner Fraktion, dass dieser in Absprache mit der Verwaltung gestellt sei. Auch sei noch zu klären, ob für die Maßnahme Fördermittel zu generieren wären. Sollte dem Antrag nicht entsprochen werden, so sei überhaupt nichts erreicht. Herr Dr. Thönnies entgegnet, dass eine Absprache im engeren Sinne bislang nicht getroffen sei. Diese sei der heutigen Sitzung vorbehalten.

Herr Walter verdeutlicht, dass mit dem Beschlussvorschlag formuliert sei, dass ein barrierefreier Zugang nicht geschaffen werden sollte. Dies könne er nicht akzeptieren.

Frau Dr. Quadt-Hallmann stellt fest, dass die Vereine gerne unterstützt werden sollten. Bislang unklar sei allerdings, welche Kosten für die angekündigten Ausbesserungsarbeiten entstehen könnten. Sollte dem so sein, dass mit dem Eigenengagement der Vereine eine Pflasterung ggf. günstiger sein sollte, so wäre diese Alternative einer Ausbesserung mit einer wassergebundenen Oberfläche vorzuziehen. Herr Dr. Thönnies antwortet, dass er die getroffene Konsolidierungsvereinbarung in Gefahr sehe und er Signale aus der Politik erwarte, welche Finanzierungsmöglichkeiten seitens der Politik für diese Maßnahme geschaffen würden.

Herr Wermeling erläutert, dass eine Oberfläche aus wassergebundenem Dolomitsand sechs bis sieben Jahre ohne weitere Ausbesserungen halten würde. Die Kosten für die Herstellung würden mit sieben- bis achttausend € zu veranschlagen sein. Bei einer Pflasterung mit Betonsteinen würden Kosten von ca. 60.000,00 € zu erwarten sein. Ob Fördermittel erwartet werden könnten, wäre noch zu ermitteln.

Frau Dr. Diekmann schlägt vor, dass der Beschlussvorschlag zu ergänzen ist. Herr Gesmann schlägt vor, dass der Beschlussvorschlag unverändert zu beschließen sei, allerdings ist der genannte Betrag aus dem Beschlussvorschlag zu entfernen.

Frau Dr. Diekmann formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

geänderter Beschlussvorschlag

Die Gemeinde wird beauftragt einen barrierefreien Zuweg zum Bürgerpark, Bouleplatz, Bürgerwald, Vereinsheim und Sportplatz (Naturrasenfläche) Schapdetten durch eine wassergebundene Oberfläche herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0
einstimmig angenommen

7	Umgestaltung der Parkplatzsituation an der Lindenstraße (bei Geiping) Vorlage: 106/2023/1
----------	--

Herr Krüger berichtet, dass nach der letzten Ausschusssitzung nun zwei weitere Entwürfe erarbeitet wurden. Der Landesbetrieb Straßenbau hat mitgeteilt, dass die Bushaltestelle nicht in die Fahrbahn hineinrücken darf. Die Beschlussempfehlung der Verwaltung erfolgt mit dem Hinweis, dass vorzugsweise der gesamte Bereich der Lindenstraße neu überplant werden sollte. Auf dem Wege ließe sich mehr Aufenthaltsqualität für Appelhülsen erzielen.

Herr Gausebeck ergänzt, dass seit einigen Jahren Ideen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in diesem Teil der Lindenstraße entwickelt wurden. Diese sollten in einer Planung zusammengefasst werden.

Frau Kleinschmidt fragt, ob mit dem Unternehmen Geiping gesprochen wurde, insbesondere zu der Frage, ob an diesem Standort langfristig festgehalten wird. Hinter dem von Firma Geiping angepachteten Gebäude befindet sich noch ein weiteres älteres Gebäude. Sie habe Sorge, dass der Eigentümer beide Gebäude abreißen lassen könnte, um dort ein neues großes Gebäude zu errichten. So wie es bereits in der angrenzenden Nachbarschaft erfolgt sei. In dem Falle wäre jegliche Planung auszusetzen.

Herr Gesmann wünscht, dass der gesamte Bereich der Lindenstraße überplant werden sollte, um mehr Aufenthaltsqualität zu gewinnen. Er schlägt vor den Beschlussvorschlag dem gleichlautend zu ergänzen.

Herr Wermeling teilt mit, dass im Haushalt 2024 insg. 25.000,00 € für Maßnahmen zur Entsiegelung eingeplant sind. Diese könnten für diese Maßnahme eingesetzt werden. Herr Dr. Thönnies ergänzt, dass dort ein kleiner Grüngürtel geplant sei.

Herr Dr. Schliermann sagt, dass es an der Stelle sinnvoll sei, weniger PKW-Abstellplätze vorzuhalten mit dem Ziel, dass die Nutzung des PKW nicht vorrangig gefördert wird. Je schlechter die Bedingungen sind einen PKW zu nutzen, desto eher wird auf den PKW verzichtet und eine alternative Möglichkeit genutzt. Herr Dr. Schliermann erinnert an die Idee von Frau Breuksch, einen Verkehrsversuch zu wagen und die Stellplätze mit Blumenkübeln zu sperren. Auf diesem Wege ließe sich leicht ermitteln, ob die derzeitigen vier Stellplätze grundsätzlich erforderlich sind. Zudem werden die Stellplätze oft von Dauerparkern genutzt und stehen der Firma Geiping bzw. deren Kunden:innen nicht zur Verfügung.

Frau Dr. Quadt-Hallmann erinnert, dass es bei der geplanten Neugestaltung nicht vorrangig um eine Neugestaltung von PKW-Parkplätzen gehen würde. Vorrangig bestehe der Wunsch, dass der Rad- und Fußverkehr nicht durch die Nutzer der PKW-Stellplätze gefährdet wird. Mit einer Sperrung der Stellplätze wäre dieses Ziel ebenso zu erreichen.

Frau Dr. Diekmann formuliert folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

geänderter Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, diese Planung nicht weiterzuverfolgen. Alternativ wird ein Gesamtkonzept für diesen Abschnitt der Lindenstraße erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

8 Lasershow als Alternative zum Höhenfeuerwerk anlässlich Martinimarkt 2023 Vorlage: 152/2023
--

Frau Breuksch berichtet, dass im Kostenbereich Klimaschutz noch Geld vorhanden ist, um den erforderlichen Differenzbetrag zur Finanzierung der geplanten Lasershow aus Gemeindemitteln tragen zu können.

Herr Gausebeck begrüßt dieses Vorgehen und lobt den Versuch eine Lasershow anzubieten. Auch kann geschaut werden, wie eine Lasershow bei dem Publikum angenommen wird. Sollte eine positive Resonanz erfolgen, so könnte in den Folgejahren eine Lasershow ebenfalls eine schöne Alternative zum Feuerwerk sein.

Herr Dr. Schliermann sagt, dass die Feinstaubbelastung zu weit mehr frühzeitigen Todesfällen führen würde, als allgemein bekannt sei. Insbesondere die in den Verbrennungsgasen von Feuerwerk enthaltenen Schwermetalle sind äußerst giftig. Insofern sei es wichtig Feuerwerk und die daraus entstehenden Belastungen zu vermeiden. Die hohen Kosten für eine Lasershow sind nachvollziehbar, da diese sehr aufwendig ist und viele Belange zu beachten und Auflagen zu erfüllen sind. Herr Dr. Thönnies antwortet, dass die angeführten Mittel im Bereich Marketing für Klimaschutz zur Verfügung stehen. Zumindest in diesem Jahr wäre eine Lasershow gesichert. Ob dies im nächsten Jahr möglich sein wird, muss abgewartet werden. Im Ergebnis tragen die Schausteller den üblichen Anteil gemeinsam. Nur die Gemeinde Nottuln erhöht ihre Beteiligung an den Kosten.

Beschlussvorschlag:

Bei Erreichung der Kostendeckung aus den laufenden Haushaltsmitteln wird eine Lasershow durchgeführt. Ansonsten verbleibt es für dieses Jahr beim traditionellen Feuerwerk. Umweltbelastungen werden durch Anpflanzungen ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

Herr Gesmann sagt, dass die Fahrradabstellmöglichkeiten an der Hummelbachhalle bei Weitem nicht ausreichen. Die Fahrräder der Nutzer der Sporthalle stellen die Fahrräder überall wild ab. Frau Breuksch antwortet, dass im laufenden Haushalt noch Mittel zur Verfügung stehen und Fahrradbügel gekauft und eingebaut werden könnten. Geplant sei auch, dass weitere Fahrradbügel am Gymnasium und an einigen Bushaltestellen errichtet werden. Herr Dr. Thönnies ergänzt, dass Fahrradbügel auch direkt gegenüber dem Eingang der Sporthalle errichtet werden sollen.

Herr Gesmann weist darauf hin, dass noch ein kurzes Stück des Biotopweges am Habichtweg seit Jahren fehle. Herr Wermeling sicherte zu, sich kurzfristig darum zu kümmern.

Frau Dr. Quadt-Hallmann bittet zu prüfen, ob es möglich sei am Kreisverkehr der B525 ein Hinweisschild für Radfahrer anzubringen. Oft wäre es so, dass ortsfremde Radfahrer nicht den für sie vorgesehenen Radweg Richtung Nottuln finden würden. Herr Dr. Thönnies antwortet, dass dieses Anliegen bereits zweimal seitens des Landesbetriebes Straßenbau abgelehnt wurde. Er sichert zu, dass er erneut dieses Anliegen beim Landesbetrieb Straßenbau vorbringen wird.

Frau Kleinschmidt fragt, ob es Neuigkeiten zum Bau des Radweges zwischen Nottuln und Havixbeck geben würde. Herr Dr. Thönnies antwortet, dass es leider noch keine Neuigkeiten gibt, am Thema aber weitergearbeitet wird.

Frau Strätker fragt, ob es Planungen auch auf Dülmener Gebiet geben würde, um den Bürgeradweg von der Gaststätte Graes entlang der K12 Richtung der Bauernschaft Hövel/Rorup auf dem Dülmener Gebiet fortzusetzen. Vor ca. 10 Jahren wurde der Radweg von den Anliegern in Eigenregie gebaut. Seinerzeit war angekündigt, dass der Radweg weitergeführt werden sollte. Herr Krüger sichert zu, die Stadt Dülmen diesbzgl. anzufragen. Auch werde er mit Herrn Voss, einem Anlieger des Bürgerradweges, sprechen, um weitere Informationen zu erhalten.

Dr. Susanne Diekmann
Vorsitzende

Günther Ring
Schriftführer

Anlagen: